

# Offener Brief an die Fraktionen des Wormser Stadtrats CDU, SPD, WWW

Worms, 1. August 2025

Als „Wormser for Future“ haben wir im Vorfeld der Kommunalwahlen 2024 mit „Wahlprüfsteinen“ im schriftlichen Format und einem „Speed-Podium“ im Haus am Dom auf die Problemstellungen hingewiesen, die sich – nicht nur aus unserer Sicht – für den jetzigen Stadtrat und darüber hinaus ergeben. Hier sei Ihnen nochmals für Ihre Teilnahmen gedankt. Wir haben dies auch als Wertschätzung zivilgesellschaftlichen Engagements gesehen.

Nun haben wir Ihren Koalitionsvertrag „Wir übernehmen Verantwortung. Für Worms 2025-2029“ untersucht, ob wir darin Reaktionen und Vorhaben finden, die den Erfordernissen entsprechen.

In elf (inhaltlichen) Kapiteln hält der Koalitionsvertrag die Aufgaben und Vorhaben fest, die Sie sich als Koalitionäre im Stadtrat vorgenommen haben. In der Präambel halten Sie als Ziel fest, „Worms für die kommenden Jahre zukunftsfähig aufzustellen und für alle Generationen lebenswert zu gestalten.“ Das kann nur befürwortet werden; wir fragen uns jedoch, ob Sie unter „zukunftsfähig“ und „lebenswert“ auch verstehen, in einer gesunden und sicheren Umwelt mit möglichst intakten Lebensgrundlagen auch für folgende Generationen leben zu können.

Auf den Punkt gebracht: Klimaschutz ist Menschenrecht und Daseinsvorsorge. Das bestätigt das jüngste höchstrichterliche Gutachten des Internationalen Gerichtshof auf eindrucksvolle Weise; der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte 2024 in die gleiche Richtung: Klimaschutz ist eine gemeinsame Sorge der Menschheit. Dafür sei die Politik verantwortlich, aber ergänzend auch Gerichte in den einzelnen Staaten. Sicherlich stellt sich diese Aufgabe auf allen politischen Ebenen: global durch das völkerrechtlich verbindliche Pariser Abkommen, europaweit durch entsprechende Gesetze und EU-Vorgaben, die dann national umgesetzt werden müssen und die Bundes- und Landespolitik betreffen. Aber Zukunft beginnt vor Ort! Auf kommunaler Ebene werden die Voraussetzungen geschaffen, damit die Bevölkerung sich klimaschonend verhalten kann.

Wir haben große Zweifel, ob Sie diese Verantwortung erkennen und annehmen.

Ein kurzes, aber unglaublich heftiges Unwetter hat gerade erst Mitte Juli in Teilen Rheinhessens so viele Weintrauben, Obst und Getreide zerstört wie vermutlich nie zuvor. Ohne heftige Starkregen Ende Juli hätte es den Hangrutsch in Oberschwaben nicht gegeben, der zum Zunglück mit drei Todesopfern und über vierzig zum Teil schwer Verletzten führte. Gegen solche Katastrophen sind wir nicht gefeit. Damit sie sich nicht weiter häufen und verstärken, braucht es dringend Klimaschutzmaßnahmen.

Sie setzen das Kapitel „Umwelt, Klimaschutz und Biodiversität“ an die vorletzte Stelle, nach Brand- und Katastrophenschutz (der auch wegen erwarteter Extremwetter ausgebaut werden muss). Welchen Stellenwert soll man aus dieser Platzierung ableiten? Ausdrücklich begrüßen wir Ihre Versicherung, die „vereinbarten Klimaschutzziele sind für uns verbindlich“. Vermutlich haben Sie das Ziel des Kommunalen Klimapakts von 2023 im Blick, nämlich den kommunalen Auftrag, Klimaneutralität in Worms spätestens 2040 zu erreichen. Dazu braucht

es konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Nach ihnen haben wir in Ihrem Vertrag gesucht.

- Energie: Sie wollen erneuerbare Energie ausbauen, nennen Repowering und Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften. Tatsächlich beschloss der Stadtrat 2010, den Strombedarf der Wormser Haushalte bis 2030 vollständig durch erneuerbare Energie zu decken. Hier sind Schritte erfolgt, notwendig sind deutlich weitergehende Maßnahmen.
- Wärme: Das Wärmeplanungsgesetz ist Ende 2023 in Kraft getreten und fordert u.a. von Worms, einen Kommunalen Wärmeplan zu erstellen. Wie die Stadtverwaltung kürzlich mitteilte, ist das Ausschreibungsverfahren noch nicht abgeschlossen, mit einer Vergabe sei nicht vor Ende 2025 zu rechnen. Hier fordern wir, auf eine deutliche Beschleunigung zu pochen und den Prozess entsprechend zu begleiten.
- Mobilität und Verkehr: Der Verkehrssektor ist in Deutschland für ein Fünftel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Gerade auf kommunaler Ebene bieten sich einige Hebel zur Reduzierung an. Dass Sie diesen Sektor in einem eigenen Kapitel und nicht unter „Klimaschutz“ führen, weist zumindest auf vorhandene Möglichkeiten hin. Ein Hauptziel muss sein, Treibhausgasemissionen schnell zu reduzieren. „Alle Verkehrsteilnehmende sind gleichwertig“. Diese Feststellung impliziert, dass der Motorisierte Individualverkehr, der bisher das Verkehrsgeschehen in der Stadt dominiert, stark eingeschränkt wird und stattdessen der emissionsarme ÖPNV bzw. emissionsfreie Rad- und Fußverkehr deutlich gestärkt werden. Ob hier „Anreize und Angebote“ ausreichen, ist mehr als fraglich nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Wir fordern Sie auf, den Umweltverbund zu fördern, Tempo-Reduzierungen wo immer möglich zu fordern und die Infrastruktur für den fließenden und ruhenden Verkehr schrittweise, aber zügig anzupassen.

Erst wenn Klimaschutz tatsächlich breit umgesetzt wird und wirkt, gibt es die Chance, dass Klimaanpassungsmaßnahmen wie Vorsorge gegen Extremwetterereignisse langfristig überhaupt erfolgreich sind. Hier braucht es sicherlich den Blick über die Legislaturperiode hinaus. Ob etwa Hitzeschutz in einem Jahrzehnt noch ausreichend möglich und wirksam sein wird, ist eben nicht sicher, wenn Klimaschutz weiterhin als „nice to have“ gesehen wird. Entsiegelungsmaßnahmen wie am Neumarkt, der weitgehend begrünt werden sollte, sind an vielen Stellen in der Stadt notwendig und müssen vom Stadtrat gefordert, ermöglicht und ihre rasche Umsetzung kontrolliert werden.

Zu alledem ist es notwendig, Bürgerinnen und Bürger umfassend bei der Entscheidungsfindung zu Klimaschutzmaßnahmen einzubinden und sie frühzeitig und begleitend über die Entwicklung zu informieren. In ihrer Mehrheit sind sie für Veränderungen bereit, wenn diese gut kommuniziert und transparent sind. Dabei müssen verstärkt soziale Aspekte einbezogen werden: Gerade sozialökonomisch benachteiligte Menschen müssen mitgedacht, sie dürfen nicht überfordert werden.

Ambitionierter Klimaschutz ist kein Widerspruch zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Im Gegenteil: Klimagerechte Politik wird zum Standortfaktor – Renolit plant aktuell in Worms den Bau von Windenergieanlagen und investiert Millionen in den Standort Worms, um von fossilen Energien wegzukommen.

Uns ist bewusst: Klimaziele können nicht vom Stadtrat und der Stadtverwaltung erreicht werden, schon gar nicht durch „Top-down“-Vorhaben. Lokale Klimapolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Stadtrat und Stadtverwaltung sollten sich auf eine breite, kooperative Gestaltung der Klimapolitik verständigen, sie initiieren und fördern. Dazu wäre es notwendig, möglichst bald eine Stabstelle „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität“ zu bilden, der die Zusammenführung aller relevanter Akteure in Worms – Gewerbetreibende, insbesondere Industrieunternehmen (!), Wohnungswirtschaft, Verkehrsunternehmen, Energiedienstleister, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Gruppen, Hochschule als Berater u.a. - zusammenzuführen und den Prozess zu koordinieren. Dabei kann externe Expertise (z.B. aus der Energieagentur RLP) unterstützen. Wir regen an, die Stabstelle anstelle der für 2029 geplanten Stelle eines Hauptamtlichen Beigeordneten einzurichten.

Wormser for Future wünschen den handelnden Personen in diesem Kontext mehr Mut zur Veränderung und Innovation sowie eine raschere Umsetzung von Beschlüssen. Gerne bieten wir Ihnen Gespräche an, um unsere Ideen, Vorstellungen und Forderungen weiter zu verdeutlichen, zu konkretisieren und zur Diskussion zu stellen sowie Sie bei der Umsetzung zu unterstützen, in welchem Format auch immer. Es gilt, rasch und zielgerichtet zu handeln, um in unserer Stadt signifikant CO<sub>2</sub> zu reduzieren und Worms zu einer attraktiven, lebenswerten, grünen, klimagerechten und zukunftsfähigen Stadt mit erträglichen Temperaturen und ohne Bedrohung durch Extremwetter zu machen. Neben den Bemühungen zur Anpassung an Folgen des Klimawandels muss der Fokus darauf gerichtet sein, den Ursachen des Klimawandels hier vor Ort entgegenzuwirken. Klimapolitik muss als die zentrale Aufgabe des politischen Handelns begriffen werden.

Eben auch und gerade auf lokaler Ebene!

gez.

*Bernhard Susewind* ( [susewind.wo@gmx.de](mailto:susewind.wo@gmx.de) )

i.A. für Wormser for Future

[mail@wormser-for-future.de](mailto:mail@wormser-for-future.de)

[www.wormser-for-future.de](http://www.wormser-for-future.de)

